

Der Freisinnige

Tagblatt für das Zürcher Oberland

Abonnementspreise

Zustellung	halbj.	viertelj.	monatl.
Durch die Boten	8.50	4.30	1.50
Durch die Post	9.—	4.00	1.60
Vorabständig bestellt	9.20	4.80	1.80
Ausland monatlich 3.—	Abrechnungen sind 20 Cts. in Marken beizulegen.		

Insertionspreise:

Einseitige Zeilen oder deren Raum, Bezirk
Hinterland: 18 Cts., übrige Bezirke des Kantons
Zürich: 22 Cts., übrige Kantone: 25 Cts., Aus-
land: 35 Cts. Reklamen, Ausland: 75 Cts., Aus-
land: Fr. 1.—, Größere Aufträge Rabatt. —
Ausnahmefälle 25 Cts. in Marken beizulegen.
Postcheck-Konto VIII/1498.

Obligatorisches und amtliches Publikations-Organ des Bezirkes Hinwil (Bäretswil, Bubikon, Dürnten, Fischenthal, Gofau, Grüningen, Hinwil, Küti, Seegraben, Wald, Wezikon).

Inseraten-Aannahme: Bezirke Hinwil, Mter, Pfäffikon, Meilen, Seebz. u. Gaster: Exped. des „Freisinnigen“ in Wezikon und Küti. | Druck und Verlag der Altenbuchdruckerei Wezikon und Küti. | Redaktion Telephon Nr. 110. — Administration Telephon Nr. 19. | Inseraten-Aannahme für das übrige Gebiet (Schweiz u. Ausland): Drell Fühli-Annancen, Sonnenquai 10, Zürich, und Filialen.

Zur Abstimmung vom 12. September.

Zugunsten der am 12. September zur Abstimmung gelangenden Gesetzesvorlage über

die Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenen-Versicherung der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Kantons Zürich

hat sich untenstehendes Komitee gebildet, das folgenden Appell an die Stimmberechtigten des Bezirkes Hinwil richtet:

An die Stimmberechtigten aller Parteien! Der 12. September 1926 gibt dem Bürger ernsthaftige Gelegenheit, den Staatsangestellten zu zeigen, daß er Verständnis habe für eine gerechte Forderung. Daß die Versicherung eine Notwendigkeit ist, geht schon daraus hervor, daß der Bund, 19 Kantone, die meisten Städte, sogar Landgemeinden und auch Privatunternehmungen ähnliche Versicherungen für ihre Angestellten geschlossen haben.

Die Vorlage geht nicht soweit wie die bestehenden gleichen Institutionen des Bundes, vieler Kantone, der Städte Zürich und Winterthur. Die Leistungen der zu bildenden Kasse sind bescheiden.

Bisher zahlte der Staat große Beträge für Gesundheitsbeihilfe, welche nötig war, um die Arbeit der alt oder invalid gewordenen treuen Staatsdiener zu bewältigen. Der alte Funktionär erhielt noch 60—70 % seines Gehaltes. Löhne für die Witwen- und Waisenkasse mußten bedeutende Summen geopfert werden. Ist es da nicht besser, den Staatsdiener gleich vom ersten Tag seiner Tätigkeit im Staatsdienst zu tatkräftiger Beitragsleistung zu verpflichten, indem er alljährlich 5 % seines Jahresgehältes an die Versicherungskasse abliefern muß?

Der Regierungsrat als Hüter der Staatsfinanzen erklärt, das Gesetz ohne Steuererhöhung durchführen zu können, weil der jährlichen Ausgabe im wesentlichen Umfang auch Entlastungsposten gegenüber stehen.

Mitbürger! Nachdem die Kantone Tessin, Valais, Freiburg und Zug mit überwiegend bäuerlicher Bevölkerung eine Versicherung für ihre Staatsdiener besitzen, darf da der große angesehene Stand Zürich noch länger zurückstehen?

Wir empfehlen euch die Annahme der Versicherungsvorlage. Stimmt Ja.

Das Bezirkskomitee:

Bäretswil:

Fabrikant Fr. Schärfer; Kantonsrat J. Casserini.

Bubikon:

Gemeindepräsident H. Foh.

Dürnten:

Gemeindepräsident Dr. Häni; Kantonsrat R. Pfenniger.

Fischenthal:

Thalmann, Stationsvorstand.

Gofau:

Bezirksleiterarzt Weber.

Hinwil:

Gemeindepräsident C. Wolfensberger; Lehrer E. Kaspar; Kantonsrat S. Waldbogel.

Küti:

Nationalrat S. Baumann-Dertle; Gemeindepräsident E. Hürlimann; Sek.-Lehrer E. Huber; Kantonsrat C. Bollinger.

Wald:

Kantonsrat W. Heß; Sek.-Lehrer Suter; Kantonsrat Dengler.

Wezikon:

Gemeindepräsident Wilh. Graf; L. Müller, Chef der Güterexpedition S.B.B.; Lehrer Wiesen-danger; Nationalrat Rob. Weber.

Die Ratskrise im Völkerbund.

Genf, 4. Sept. (ag.-Spezialbericht.) Der Völkerbundsrat genehmigte am Samstag nach einem Referat des japanischen Vertreters Viscount Ishii den Bericht der Studienkommission über die Reorganisation des Völkerbundsrates. Er nahm in dieser Angelegenheit folgende Resolution an:

„Der Völkerbundsrat nimmt Kenntnis von der Resolution, welche der Delegierte Frankreichs vorgelegt hat und welche von der außerordentlichen Völkerbundsversammlung vom März 1926 angenommen worden ist und die folgendermaßen lautet: Die Völkerbundsversammlung bedauert, daß die eingetretene Schwierigkeit bis jetzt nicht erlaubt haben, das Ziel zu erreichen, für welches die Versammlung einberufen worden ist, und sie drückt den Wunsch aus, daß die Schwierigkeiten bis zur ordentlichen Septembertagung behoben sein werden, damit in diesem Zeitpunkt der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund möglich gemacht sein wird.“

Der Völkerbundsrat, entsprechend dem in der erwähnten Resolution ausgesprochenen Wunsche, stimmt erstens dem Bericht der Studienkommission über die Zusammenfassung des Rates bei und beschließt 2. entsprechend und auf Grund der ihm aus Art. 4 des Statutes zutreffenden Vollmachten:

a) Die Bezeichnung Deutschlands als ständiges Mitglied des Rates von dem Momente seines Eintrittes in den Völkerbund an. b) Die Vermehrung der Zahl der nichtständigen Sitze auf 9. 3. Empfiehlt der Rat der Völkerbundsversammlung die Anwendung dieser Beschlüsse. 4. Empfiehlt der Rat der Versammlung, die von der Studienkommission gemachten Vorschläge betreffend die Art der Wahl der nichtständigen Mitglieder und betreffend die Art ihres Mandates einer maßvollenden Prüfung zu unterziehen.“

Der Bericht des japanischen Vertreters und die dazu gehörige Resolution wurde vom Rate in Abwesenheit des spanischen Delegierten, welcher nicht erschienen war, angenommen.

Der schwedische Vertreter Udden gab folgende Erklärung ab: Schweden sowie auch andere Mitglieder des Bundes sind überzeugt, daß die von der Kommission vorgesehene Lösung gewisse ernsthafte Nachteile mit sich bringt. Schweden ist jedoch bereit, um die Einmütigkeit im Rate zu erreichen, ein Opfer zu bringen; dabei erneuert es jedoch die Erklärungen, die von seinem Vertreter in der Studienkommission abgegeben worden sind, und es verleiht der Hoffnung Ausdruck, daß die vorgeschlagenen Anträge es erlauben werden, eine Lösung der Völkerbundsfrage herbeizuführen.

Auf Antrag des Ratspräsidenten Benesch wurde die von Lord Cecil in der Studienkommission vorgeschlagene und von der Kommission einstimmig angenommene Resolution nochmals verlesen und vom Rate gebilligt. (Diese enthält den von uns am Samstag veröffentlichten warmen Appell an Spanien, die vom Völkerbund unternommenen Anstrengungen zur Lösung der Ratsfrage anzuerkennen und sich mit der getroffenen Lösung einverstanden zu erklären.) Der Rat beschloß, diese Resolution ebenfalls dem Vertreter Spaniens im Rate, Quinones de Leon, welcher in Paris weilt, zu übermitteln.

Spaniens Rückzug aus dem Rate.

Ein Telegramm-Wechsel.

Genf, 5. Sept. Briand und Chamberlain haben am 2. September von Genf aus folgende Telegramme an den spanischen Regierungschef, General Primo de Rivera, gerichtet:

„Im Moment, da der Völkerbundsrat zu einer so wichtigen Session zusammentritt, erlauben wir uns, neuerdings auf formellste und dringlichste Weise bei Ihnen vorstellig zu werden, damit der Sitz Spaniens im Rate nicht vakant wird und damit die königliche Regierung den Genfer Zusammenkünften weiterhin die wertvolle Unterstützung ihrer hohen Autorität leihen kann.“

General Primo de Rivera antwortete am 4. September mit folgendem Telegramm:

„Ich habe nie eine so tiefe Ergriffenheit gefühlt wie beim Empfang des Telegramms, das von Euren Excellenzen unterzeichnet ist, die ihrem gerechten Rufe hervorragender Staatsmänner jenen beifügen, aufrechte Männer zu sein, welche keine andere Sorge kennen, als die, die Menschheit der Gerechtigkeit und dem Frieden, der wahren Ehre der Nationen, entgegenzuführen. Wie konnte meine bescheidene Person eine solche Ehre erwarten, wie sie das Telegramm Eurer Excellenzen bedeutet. Meine persönliche Meinung wäre, sofort der mir gemachten Andeutung zu folgen, wenn es nicht meine Pflicht wäre, zu wachen über das Bestreben dieses alten, glorreichen und innig geliebten Spaniens, das auf einen seinen Verhältnissen nicht entsprechenden Platz zurückgestellt wird und eine angemessene Haltung in würdiger Enthaltung suchen muß.“

Ich bin überzeugt, daß unser Entschluß weder irgend ein Interesse noch einen Grundsatz des Völkerbundes beeinträchtigt, für dessen Gedeihen Spanien, sein König und seine Regierung die innigsten Wünsche hegen. Gestatten Sie mir, meine tiefe Dankbarkeit auszusprechen für die Ehre, die Sie mir zuteil werden lassen und die hohe Wertschätzung, die Sie Spanien bezugen. Ich kann zu meinem großen Bedauern leider und entgegen meinem Wunsche der edlen Anregung Eurer Excellenzen keine Folge geben und grüße Sie herzlich.“

Genf, 4. Sept. Der Vertreter Spaniens in der Studienkommission für die Reorganisation des Völkerbundsrates, Botschafter Palacios, ist am Samstag im Völkerbundssekretariat erschienen, um Abschied zu nehmen, da seine Aufgabe erfüllt sei.

Revolutionsstimmung in Spanien.

Neue Militärrevolte. — Belagerungszustand.

London, 5. Sept. Aus Madrid erhält die Agentur Reuter eine amtliche Note, welche erklärt, daß die Regierung die königliche Ermächtigung für die Proklamierung des Belagerungszustandes in ganz Spanien nachgesucht hat. Die Regierung hat die durch die Lage gebotenen Maßnahmen getroffen. Auf Anraten der Regierung wird der König San Sebastian verlassen und nach Madrid zurückkehren.

Madrid, 5. Sept. Eine offiziöse Note besagt, daß sich im Lande herum seit dem 6. Juni infolge der auf diesen Tag eingeführten Änderungen in den Kriegsauszeichnungen Fälle von Unruhestörungen ereignet. Am Sonntag hat nun der Abteilungschef der Artillerie ohne besondere Ermächtigung des Kriegsministers den Befehl ausgegeben, daß alle Offiziere der Garnison von Segovia auf ihren Posten zurückkehren und die Truppen in ihren Kasernen versammeln sollen. Auch die Böglinge der Militärakademie haben sich der Insubordination schuldig gemacht. Infolge dieser Ereignisse hat die Regierung dem König empfohlen, nach Madrid zurückzukehren. Die Regierung hat ferner die Ermächtigung des Königs nachgesucht, in ganz Spanien den Belagerungszustand zu proklamieren und weitere Maßnahmen zu ergreifen, so besonders gegen die Chefs

und Offiziere der Artillerie, die in ihren Funktionen eingestellt werden sollen und denen verboten werden soll, weiterhin die Uniform zu tragen. Die Schwere der Sanktionen soll den Tatbeständen angemessen sein. Die offiziöse Note bemerkt noch, daß die Regierung auf die Unterstützung durch die öffentlichen Meinung rechne.

Bern, 6. Sept. Die spanische Gesandtschaft in Bern erhielt von Madrid Nachrichten, die vom Sonntagmorgen 6 Uhr datieren und besagen, daß sich in Spanien nicht eine eigentliche Aufstandsbewegung zugetragen habe, sondern daß lediglich isolierte Handlungen von Disziplinlosigkeit vorgekommen seien. Die Regierung ist Herrin der Lage. Der König ist sofort nach Madrid zurückgekehrt. Die öffentliche Meinung sieht ganz zur Regierung und erwartet von ihr energische Maßnahmen. Es herrscht absolute Ruhe.

Madrid, 6. Sept. Eine amtliche Mitteilung besagt, daß der König dem General Primo de Rivera sein Vertrauen ausgesprochen hat und daß dieser die Insubordinationsbewegung unter den Artilleristen im Keime ersticken werde. Bei den andern Waffengattungen herrscht absolute Disziplin. Am Sonntag nachmittag verließen die Artillerieoffiziere ihre Kasernen. Man glaubt, daß dadurch der Konflikt in den Garnisonen Andalusiens und Kataloniens beigelegt ist, während er in den übrigen Garnisonen vor einer nahen Lösung steht. Die Regierung wird die tatsächlichen Umstände der Bewegung zur Rechenenschaft ziehen. Die Regierung hat eine Reihe von Verfügungen erlassen.

Ein Manifest des Diktators.

Madrid, 5. Sept. General Primo de Rivera hat anlässlich des dritten Jahrestages der Einführung des Direktoriums ein Manifest an das spanische Volk erlassen, das als eine Propaganda-Primo de Rivera heißt darin fest, daß seit der Einführung des Direktoriums die Lage in Spanien besser geworden sei. In Marokko sei der Krieg siegreich zu Ende geführt worden. Der Republik habe sich gehoben. Der Terrorismus und der Separatismus seien verschwunden. Die Lebensmittelpreise seien gesunken und die wirtschaftliche Lage allgemein besser geworden. Die Verteilung der Güter und die Verwaltung des Landes im allgemeinen hätten sich gehoben. Die Wasserkräfte des Landes seien entwickelt worden. Die Militärdienstzeit wurde herabgesetzt. Das parlamentarische Regime habe in Spanien Fiasco erlitten, und es könne nicht mehr die Rede davon sein, es in seiner alten Form wieder einzuführen. Dagegen spricht das Manifest von der Zweckmäßigkeit einer Nationalversammlung von beratendem Charakter. Diese Versammlung könnte sogar der Regierung Gesetze vorschlagen, über die aber die Regierung allein zu entscheiden hätte. Es müßten aber Garantien geschaffen werden, damit das neue Parlament nicht wie das alte, ein politischer Intrigenherd werde. Die Versammlung hätte sich besonders auch mit wirtschaftlichen Aufgaben zu befassen. Die Regierung wünsche immer mehr, die Gemeinden zur hauptsächlichsten Zelle des nationalen Lebens zu machen. Sie befehlwortet auch die Schaffung einer einheitlichen Steuer. Der Staatshaushalt müsse in Zukunft auf eine Einnahme von 33 Milliarden Pesos rechnen. Diese Summe könne auch aufgebracht werden, ohne daß der Reichtum des Landes erschöpft würde. Im nächsten Jahre würden die Ausgaben in Marokko um 60—80 Millionen und im Jahre 1928 um 120—140 Millionen Pesos weniger ausmachen als gegenüber 1926. Das Manifest fordert zum Schluß das Land auf, dem Direktorium weiterhin Vertrauen entgegenzubringen

Fenilleton.

Jean der Neapolitaner.

Roman von Adolphe Ribaug.

(Nachdr. verboten.)

8.

Noch niemals, seitdem er Dienst genommen, hatte Jean so ungeduldig das Ende einer Strafe erwartet. In den letzten Tagen, als er sich entschlossen hatte, für Gelsomina künftighin zu sorgen, zählte er die Stunden, und manchmal in der Nacht, wenn er recht schlecht auf seinem harten Lager schlief, erschien ihm das reizende Gesicht seines Schützlings, Gelsomina! Wie gut paßte dieser Name für sie, die auch wie eine Jasminblüte war, die nur einen Sonnenstrahl brauchte, um sich zu entfalten. Diesen ihr zu verdanken, war ein gutes Werk, und es mußte eine Freude sein, ihr Erschließen zu beobachten.

Endlich kam der achte Tag, und am Nachmittag wurde Jean freigelassen. Zuerst stärkte er sich; denn ihn hungerte gewaltig, doch er mochte nicht ungefättigt nach der Mergellina gehen, so sehr auch die Küche von Donna Olimpia ihm mundete. Er ließ sich eine Portion Maccaroni geben, die selbst für den Appetit eines Neapolitaners fast zu reichlich gewesen wäre, leerte einen Becher Wein, und derart gestärkt, schritt er zur Stadt hinab.

Es war ein prächtiger Tag; Wind und Kälte waren verschwunden. Es war Frühling geworden; der Weg, auf dem Jean ging, lief zwischen Zitronen- und Orangengärten, aus denen ein durchdringender Wohlgeruch sich verbreitete. An anderen Stellen fielen wahre Kasakaden von Oliven und Kofen über die Gartenmauern herab, und Kofen und Winden kletterten um die Säulenportale oder wandten sich zu den Veranden und Balkonen hinauf. Weiterhin waren die Felsen von Sorrento und Capri wie mit Gold überzogen. Amieln jangen in den knorrigen Delbäumen, und die Kirchtürme sandten Glockengeläute in die Luft. Noch nie hatte Jean dieses Klima, dieser Friede und dieser Glanz so wohl gefallen, noch nie hatte er dieses Gelände so sehr bewundert, seine Reize so unwiderstehlich gefunden.

Er begrüßte die bescheidene Osteria mit dem Blicke eines alten Freundes und trat zur Tür hinein.

In der engen Küche reinigte Gelsomina Wirmenohl, währenddem Olimpia mit Don Gerbasio plauderte, der ihr seine Schnupftabakdose hinhielt. Wie aus einem Munde riefen drei Stimmen ihm entgegen: „D, Signor Giovanni!“

Schon auf den ersten Blick erkannte Jean die Veränderung, die in den wenigen Tagen mit Gelsomina vorgegangen. Der Ausdruck der Furcht war verschwunden, denn wenn man sie bis jetzt nicht gefunden hatte, so würde man sie ferner nicht mehr finden; ihr Ausdruck bezugte Vertrauen und Friede. Sie sah auch stattdessen aus, in ihre Wangen war Farbe gekommen; augenscheinlich hatte

Olimpia mit der Speise nicht gefargt. Aus einem ihrer alten Röcke hatte sie ihr auch einen anständigeren Anzug angefertigt, der, obwohl nicht mehr ganz frisch, doch keine Löcher hatte und reichlich aussah.

Gelsomina ergriff mit einer anmutigen Bewegung die Hand des Soldaten und drückte einen Kuß darauf.

„So, ho,“ sagte dieser mit gutmütigem Lächeln, „das ist bei uns nicht Brauch. Don Gerbasio, Euer geborjamer Diener. Guten Tag, Signora Olimpia! Sind Sie zufrieden mit Ihrer Pensionärin? Ist sie artig und folgsam gewesen?“

„Sie macht mir große Freude und versteht mancherlei! Man darf dies vor ihr sagen, und es wird sie nicht eitel machen, nicht wahr, liebe Kleine?“ Das Mädchen strahlte; joviell Freundschaft nach allem, was sie gelitten hatte!

„Haben Sie Hunger, Signor Giovanni?“ „Ich habe schon gegessen; aber trotzdem! Wenn man eine Woche bei Brot und Wasser gewesen, kann man Königreiche verschlucken.“

„Was würden Sie zu zwei gefotenen Artischoden oder zu einer Schüssel Frutti di Mare sagen? Ich habe ganz frische; die Artischoden sind erst diesen Morgen aus einem Garten von Fuori Grotta gekommen, und die Muscheltiere diesen Morgen unter den Klippen des Posillippo gefischt worden.“

„Ich werde beides nehmen,“ erwiderte Jean und lachte zustimmend. „Bravo, bravissimo!“

„Aber ich hoffe, Don Gerbasio wird mithalten?“

„Danke vielmals!“

„Keine Umstände. Es kommt nicht alle Tage vor, daß ein Kapuziner und ein Schweizerfeldat in dieser Wirklichkeit unter dem nachsichtigen Auge der Donna Olimpia eine gute Mahlzeit miteinander halten!“

Der Mönch nickte zustimmend, und Olimpia gab sich eilig in die Küche. „Ich habe mit Ihnen zu sprechen,“ sagte Don Gerbasio mit so ernster Stimme, daß Jean darob erlaunte. „Es ist besser, wir gehen auf die Terrasse hinaus.“

„Ja, man kann uns ja auch dort servieren. Hallo! liebe Frau, wenn es Euch gleich ist, so wollen wir draußen essen.“

„Ganz wie Sie wollen!“

Die beiden setzten sich unter die Reblaube, wo unzählige Träubchen schon einen reichen Herbst versprochen. Am Strande bestellten Fischer ihre Netze aus, Weiber hielten ihre Wäsche, Buben hatten gebadet und ließen sich nun auf dem weichen Uferstrand von der Sonne trocknen. Darneben lagen einige Barken in schlaftrager Ruhe wie Alte, die von ihren Erlebnissen träumen.

„Hier ist's doch schöner wie im Arrest!“ sagte Jean, die Arme reckend.

„Das glaube ich gerne!“ „Sie haben mir also etwas zu sagen?“ „Ja... betreffs dieser Waise.“

(Fortsetzung folgt.)

und sich in brüderlicher Eintracht um die Regierung zu scharren, die nur das Wohl und den Reichtum Spaniens wolle.

Saifun in Japan.

London, 5. Sept. Aus Tokio wird gemeldet: Ein Taifun hat über Tokio und einen großen Teil Japans schweren Schaden angerichtet. Der Taifun hat bei Hamamatsu einen Eisenbahnzug zum Entgleisen gebracht, wobei 50 Reisende getötet oder verletzt wurden. Auf dem Flugplatz von Nagoya sind 40 Militärflugzeuge zum Teil schwer beschädigt worden. In Toyotashi ist eine Schule eingestürzt; 12 Kinder wurden getötet und 20 schwer verletzt. In Hamamatsu ist außerdem eine Textilfabrik eingestürzt, wobei 6 Arbeiter getötet und 25 verletzt wurden. In Tokyō wurden 40 Häuser zerstört. Drei Polizisten und mehrere Zivilpersonen wurden dabei verletzt. Auf der Höhe von Yokohama sind zwei Schiffe untergegangen. Im ganzen Sturmgebiet sind die Telefon- und Telegraphenverbindungen vernichtet. Der Schaden wird auf mehrere Millionen Yen geschätzt.

Tokio, 6. Sept. Die Städte Yokohama und Tokio haben in dem Taifun glücklicherweise wenig Schaden gelitten. In Saitama wurden dagegen beim Einsturz von 100 Häusern 67 Personen verletzt. Auf der See erlitten mehrere Fischerboote Schiffbruch und zahlreiche Fischer kamen ums Leben.

Eidgenossenschaft.

Aus dem Bundesrat.

Am Samstag erstattete Bundesrat Motta in der Sitzung des Bundesrates Bericht über die Arbeiten der Spezialkommission zur Vorberatung der Reorganisation des Völkerbundesrates.

Im Anschluß daran stellte der Bundesrat die Weisungen für die schweizerische Delegation zur kommenden Völkerbundsversammlung fest.

Der Bundesrat richtet ein Kreis Schreiben an die Kantonsregierungen betreffend die Bundesbeiträge an Bodenverbesserungen. Nach der von den eidgenössischen Räten bewilligten neuen Praxis können von nun an aus dem Kredit für Bodenverbesserungen Bundesbeiträge auch gewährt werden: 1. an die Erstellung von Verkehrswegen in Gebirgsgegenden, die der Verbindung der Gebirgsdörfer mit dem Tale dienen; 2. an landwirtschaftliche Siedlungsbauten, unbegriffen die Zuleitung von Kraft, Licht und Wasser, die bei Anlaß größerer Güterzusammenlegungen oder zur Befriedung von bisher ungenutzten oder noch nicht bewohnten fruchtbaren Gebieten erstellt werden; 3. an Wohnräume für das Alpenpersonal und Lokale für die Verarbeitung und Aufbewahrung von Milch und Milchprodukten, die in Verbindung mit Alpkaldbauten erstellt werden. Voraussetzung für die Subventionierung durch den Bund ist in allen Fällen die Leistung eines entsprechenden Beitrages durch den Kanton.

Der Bundesrat hat eine Abänderung der Verordnung betreffend die Kontrolle der für die zessionierten Unternehmen beschlossen.

Die Traktandenliste für die Herbstsession der Bundesversammlung ist am Samstag vom Bundesrat festgestellt worden; sie umfaßt 79 Geschäfte.

Manöver der dritten Division.

Heute Montag begannen im Kanton Freiburg Manöver der dritten Division. Die Leitung der Manöver, die sich in Freiburg befindet, ist wie folgt zusammengesetzt: Kommando: Oberstkorpskommandant Bridler, Stabschef Oberst i. G. Kaiser; Schießrichterdirektor: Oberstdivisionär Favre; Schießrichter: Etwa 20 Offiziere (Brigades, Regiments- und Artillerieabteilungskommandanten der 4. Division; Brigades, Regiments-, Bataillons- und Kompaniekommandanten, Landwehrintanterie der 3. Division und Spezialschießrichter. Zugeteilt eine Fliegerkompanie).

Die rote Partei besteht aus der 3. Division ohne Geb.-Brigade 9 und Art.-Regiment 6, verstärkt durch schweres Art.-Regiment 2, ein Bataillon und eine Fliegerkompanie. Kommandant ist Oberstdivisionär Scheibler mit Stabschef Oberstleutnant i. G. Feld.

Die blaue Partei ist zusammengesetzt aus der leichten 3. Division, bestehend aus Geb.-Brigade 9, Kav.-Brigade mit Art.-Regiment 6, einer Fliegerkompanie, einer Motorlafwagenkolonne und andern Spezialwaffen. Kommandant ist Oberstdivisionär Kooß mit Stabschef Oberstleutnant i. G. Labhart. Blau trägt weiße Binde.

Der Kriegszustand wird im Laufe des Vormittags des 9. September abgebrochen. Nach dem Geschäftsabbruch findet eine Besprechung durch den Kommandanten des zweiten Armeekorps statt.

Bezüglich der Straßenpolizei bei den Manövern werden sich die Truppenkommandanten und die Heerespolizei in bezug auf private Motorfahrzeuge an folgende Grundsätze halten: 1. Private Motorfahrzeuge haben beim Nahen einer Truppenkolonne auf der Straße, wenn immer möglich, in Seitenstraßen auszuweichen oder am rechten Straßenrand zu halten. 2. Es ist verboten, einer marschierenden Truppenkolonne vorzufahren. Die erste Orientierung an die Presse (Pressevertreter mit Legitimationskarte der Manöverleitung) findet Montag den 6. September, 11 Uhr vormittags, in Freiburg in der Ecole du Bourg statt. Es wird in Erinnerung gerufen, daß die Legitimationskarten für Offiziere in Zivil beim Kommando der 3. Division, Feldpost, diejenigen für Pressevertreter beim Kommando des zweiten Armeekorps in Freiburg, erhältlich sind. Fremde Offiziere werden für die Manöver der 3. Division nicht eingeladen, sondern nur für diejenigen der 4. Division.

Die großen Manöver der 3. Division und der zugehörigen Armeetruppen finden zwischen Murtensee und Senne statt, nördlich begrenzt durch die Linie Schwarzenburg-Freiburg-Murtensee. Die Hauptaktionen werden sich an der Saane und zwischen der Saane und Senne abspielen.

Die rote 3. Division, von Westen kommend, ist namentlich stark mit Artillerie, auch schweren Kanonieren, dotiert, während die gegnerische blaue Partei, die sogenannte leichte Manöverdivision namentlich über rasch bewegliche Streitkräfte, Kavallerie, fahrende Mitrailleure, Lastwagenkolonnen und Radfahrer verfügt. Die ersten Gefechtsaktionen dürften am 6. September abends in der Saane erfolgen. Die Hauptkämpfe sind am Dienstag und Mittwoch, 7. und 8. September, zu erwarten.

Den Übungen folgt der Chef des eidgenössischen Militärdepartements, Bundesrat Scheurer, als Inspektor.

Die Kriegslage für diese Manöver ist folgende: Eine rote Armee ist in den Jura eingedrungen. Sie ist an ihrem rechten Flügel (Kavallerie-Korps) im Waadland und an ihrem linken Flügel im Berner Jura und weiter nördlich aufgehalten worden, während rote Truppen im Zentrum durch den Neuenburger Jura und über den Zihlkanal, blaue Vortruppen zurückdrängend, an die Saane-Mare-Linie gelangt sind.

Die Saanebrücken südlich Laupen sind zerstört, mit Ausnahme der Schiffebrücke.

Bei Beginn des Kriegszustandes (heute Montag) stehen sich Postierungen des Manöverpartei an der Saane zwischen Freiburg und Laupen gegenüber. Rote und blaue Truppen im nördlich anschließenden Saane-Mare-Abchnitt sind supponiert.

Handelsvertrag mit Deutschland.

Der Bundesrat stellte am Samstag die Vorschläge an die Bundesversammlung fest über den am 14. Juni 1926 mit dem Deutschen Reich abgeschlossenen Handelsvertrag. Der Bundesrat empfiehlt die Genehmigung des Vertrages. Wie bei allen solchen Verhandlungen, so heißt es im Schlußteil der Vorschläge, bleiben beidseitig viele Wünsche unerfüllt, und es waren gewisse Opfer unvermeidlich. Kritische Stimmen sind denn auch auf beiden Seiten laut geworden. Bei Würdigung aller Verhältnisse glauben wir aber sagen zu dürfen, daß im Vertrag der bestimmte Wille zum Ausdruck kommt, die Zollschranken nach Möglichkeit abzubauen und vor allem für Handel- und Industrie die so dringlich notwendige Stabilität des gegenwärtigen Verkehrs zu sichern. Beide Teile haben sich im Rahmen des Möglichen befreit, die gegenseitigen Handelsbeziehungen zu erleichtern und von allen Erschwerungen tunlichst zu befreien.

Der Bundesrat kommt zum Schluß, der Vertrag sei in seiner Gesamtheit für die Schweiz annehmbar und biete gegenüber einem vertragslosen Zustande unbefreitbare Vorteile.

Besteuerung der Aktiengesellschaften.

(Korr.) Vom Bund, von den Kantonen und von den Gemeinden werden in den letzten Jahren die Aktiengesellschaften in immer stärkerem Maß mit Steuern belastet. Man denkt vielfach zu wenig daran, daß es auch für die Besteuerung dieser Unternehmen eine Belastungsgrenze gibt und daß diese Gesellschaften, wenn die Steuerbelastung ein vernünftiges Maß überschreitet, mit Recht zu Abwehrmaßnahmen greifen. Im Hinblick auf die neue eidgenössische Stempelverordnung schreibt die Direktion der Bank Guerberolle A.-G. in Zürich in ihrem Septemberbulletin: „Die Aktiengesellschaft wird bereits in einem Umfang in der Schweiz belastet, der im Vergleich zu der Ausübung anderer Steuerquellen als übertrieben erscheint. Zuerst stellt die Aktiengesellschaft ihre Einkünfte, und Vermögenssteuer in den Kantonen; sie zahlt an den Bund die Compoundsteuer auf den Dividenden des gleichen, bereits versteuerten Einkommens; der Besitzer der Anleihe der Aktiengesellschaft muß nochmals sowohl dieselben als Vermögen, wie deren Ertrag versteuern; schließlich kommt der Bund und erfaßt mit der Kriegsteuer noch einmal dieselben Steuerquellen sowohl bei der Gesellschaft wie beim einzelnen Aktionär. Zu all diesen Abgaben auf dem gleichen Steuerobjekt kommt nun noch die wenigstens alle zwanzig Jahre eintretende Erneuerung des Emissionsstempels auf den Aktiengesellschaften.“

Völkerbund.

Aus dem Völkerbundsrate.

Der Völkerbundsrat genehmigte am Samstag in öffentlicher Sitzung den Bericht seines Finanzkomitees über den Stand des Hilfsverkes für die Niederlassung der griechischen Flüchtlinge. Der griechische Gesandte in London, Caclamaos, dankte dem Rate und vor allem dem zurücktretenden Präsidenten des Rates für die Flüchtlinge, Sowland, für seine aufopferungsvolle und erfolgreiche Tätigkeit. Hunderttausende von Flüchtlingen, die in schwerem Elend waren, sind durch die Aktion des Völkerbundes gerettet worden.

Hierauf genehmigte der Rat den letzten Bericht über die wirtschaftliche Sanierung Ungarns. Der ungarische Minister des Außern, Rakos, sprach dem Völkerbunde im Namen seiner Regierung den wärmsten Dank für seine Hilfeleistung aus.

Ferner referierte der tschechische Minister des Außern, Beneš, über die Frage der Kontrolle der privaten Rüstungsindustrie (private Fabrikation von Waffen, Munition und Kriegsmaterial). Der kommenden Völkerbundsversammlung soll ein Vorentwurf für die Schaffung eines internationalen Leberernehmens betreffend die Kontrolle der privaten Rüstungsindustrie unterbreitet werden.

Ferner berichtete Beneš über Anträge der finnischen, der französischen und der polnischen Regierung betreffend die Ausgestaltung des Art. 16 des Völkerbundesstatutes (Aktion des Völkerbundesrates bei Gefahr eines Kriegsausbruches, Sanktionen gegenüber einem Friedensbrecher). Diese Anträge sind in der Kommission zur Vorbereitung der internationalen Abrüstungskonferenz von den Vertretern der erwähnten Regierungen vorgebracht und von der Kommission dem Rate überwiesen worden. Es handelt sich darum, die von zahlreichen Mitgliedsstaaten des Bundes seit mehreren Jahren empfindenen Mängel und Lücken des Völkerbundesstatutes in bezug auf die Aktion des Rates und in bezug auf die wirksame Gestaltung der Sanktionen gegenüber Friedensbrechern auszubessern. Beneš schlug vor, die Angelegenheit einem Komitee zum Studium zu unterbreiten. Der Rat gab seine Zustimmung.

Schließlich genehmigte der Rat eine vom schwedischen Abgeordneten Lindon vorgeschlagene Resolution über die Arbeiten der Mandatkommission. In der Sitzung vom Freitag hatten Briand und Chamberlain ernsthaften Widerspruch gegen

gewisse Vorschläge der Mandatkommission erhoben. Sie hatten sich gegen eine Anhörung der Unterzeichner von Petitionen durch die Mandatkommission und gegen die Vergrößerung des Fragebogens ausgesprochen, welcher den Mandatmächten alljährlich in bezug auf die Verwaltung der Mandatgebiete zugesandt wird. Der Rat beschloß nun, entsprechend abgeänderten Anträgen Lindens, zuerst die interessierten Regierungen der Mandatmächte über die Zweckmäßigkeit der vorgeschlagenen Änderungen anzufragen.

Beginn der Völkerbundsversammlung.

Genf, 5. Sept. Für die Völkerbundsversammlung, die am Montag, vormittags um 11 Uhr, zusammentritt, sind etwa 400 Pressevertreter aus aller Welt in Genf eingetroffen, unter ihnen besonders viele Vertreter der reichsdeutschen Presse.

Kantone.

Bern. Der Gemeinderat der Stadt Bern beantragt eine Kreditbewilligung von 900,000 Fr. für die Erweiterung der städtischen Trinkwasser-versorgung aus dem Emmental.

Uri. Am Samstag vormittag fuhr die Teilnehmer der Weltkonferenz mit Extrazügen nach dem Gotthardgebiet zur Besichtigung des Kraftwerkes Amsteg. Mittags vereinigten sich die Teilnehmer in Andermat zu einem Picknick im Freien, bei welchem Generaldirektor Schrafl den Delegierten den Gruß der Schweizerischen Bundesbahnen entbot. Ihm antworteten die ersten Delegierten der Konferenz. Gegen 5 Uhr fand die Rückkehr in Extrazügen der Schöllenenbahn nach Göschenen und von dort im Extrazug der Schweiz. Bundesbahnen statt.

Glarus. Messungen am Landesplattenberg in Engi haben ergeben, daß sich eine große Feldmasse in langsamer Bewegung befindet, die täglich ein bis anderthalb Millimeter beträgt. Zwei geologische Gutachten bestätigen diese Voraussetzung, daß es sich um einen beginnenden Bergsturz handelt. Der Regierungsrat hat nun am Freitag in Begleitung der Experten Prof. Scharb und Dr. Staub sowie dem Sprengingenieur Oberstleutnant Meybohm einen Augenschein vorgenommen. Durch rasch vorzunehmende vorsichtige Sprengungen soll die in Bewegung befindliche Bergmasse von oben her allmählich weggesprengt werden. Anlaß zu Unruhe für die Bevölkerung liegt nicht vor.

Thurgau. Die am Sonntag in Amriswil abgehaltene Delegiertenversammlung des Kantonalverbandes thurgauischer Krankenkassen genehmigte das Reglement über den Tuberkulosefonds und den Kollektiv-Vertrag mit dem thurgauischen Ärzteverein. Nach einem Referat von Regierungsrat Schmid über das Gesetz betreffend die obligatorische Krankenversicherung wurde einhellig eine Resolution für Annahme des Gesetzes angenommen. Dem Verband gehören insgesamt 84 Krankenkassen mit 23,200 Mitgliedern an.

Genf. In der Volksabstimmung vom Sonntag hat die Genfer Bevölkerung die Zuschlagsteuer mit 9925 gegen 4551 Stimmen verworfen. Die Stimmbeteiligung betrug 38%. In sieben Gemeinden wurde die Vorlage angenommen. Für Annahme waren eingetreten die Radikalen, Demokraten und die Union für wirtschaftliche Verteidigung, während die Sozialisten, Unabhängigen und Jungradikalen sich dagegen aussprachen.

Kanton Zürich.

† Nationalrat Burkhard-Abegg.

Nicht nur am linken Zürichseeufer, sondern auch am Greifen- und Pfäffikersee und im eigentlichen Oberland war Nationalrat Burkhard-Abegg ein bekannter und beliebter Mann. Er war eine Persönlichkeit, eine Kampfnatur im besten Sinne des Wortes, ein Mann, der unser Volk liebte und im Boden desselben verankert war. Umso mehr mußte der Hinschied dieses lautmächtigsten Politikers weite Kreise berühren.

Von nah und fern fand sich denn auch am 5. September in der Kirche von Hombrechtikon eine große Trauerversammlung zusammen, um ihm die letzte Ehre zu erweisen. Außer dem Geistlichen hielten alt Regierungsrat Ernst Tobler als Vertreter der Bundesversammlung und Regierungsrat Rudolf Streuli als Vertreter der übrigen Freunde Ansprachen.

Ein wackerer Patriot ist mit Diethelm Burkhard-Abegg dahingegangen. Das Zürcher Volk wird ihm ein gutes Andenken bewahren. W. N.

Feldbach, 5. Sept. Die am Sonntag abgehaltene Trauerfeier für Nationalrat Burkhard-Abegg gestaltete sich zu einer wahren Volkskundgebung für den verstorbenen Bauernführer. Am Leichenbegängnis nahmen über 1000 Personen teil. Die Bundesversammlung war vertreten durch die Nationalräte Tobler und von Matt (Stans) sowie die Ständeräte Moser (Bern) und Beguin (Neuenburg), die zürcherische Regierung durch ihren Präsidenten und drei weitere Mitglieder. Ferner nahmen teil Vertreter des Kantonsrates, der Bauernfraktion, der Bezirks- und der Gemeindebehörden, des akademischen landwirtschaftlichen Vereins mit Banner, des schweizerischen und des kantonalen Bauernverbandes, der Gesellschaft schweizerischer Landwirte, der zürcherischen Bauernpartei, des nordostschweizerischen Milchverbandes, des Obst- und Weinverbandes.

Der Ortsgeistliche, Pfarrer Graf, schilderte die Bedeutung Burkhard's für seine Familie und die engere Heimat. Nationalrat Tobler sprach über die aufrechte Persönlichkeit des Vereinigten und Regierungsrat Rudolf Streuli zeichnete dessen Lebensarbeit und seine großen Verdienste, besonders auf dem Gebiete des Rebbaues und der Milchwirtschaft.

Kantonaler Gewerbeverband.

Der Vorstand des kantonalen Gewerbeverbandes Zürich bestellte in der ersten Sitzung der neuen Amtsperiode 1926/29 zu Vizepräsidenten die Herren R. Strähle-Zürich und J. Lüthy-Winterthur. Der Präsident, Nationalrat Dr. Döbner, ist von der Delegiertenversammlung gewählt. Der Vorstand hatte u. a. eine Aussprache über die am 12. September zur Volksabstimmung gelangenden Vorlagen. Mehrheitlich sprachen sich die Mitglieder für deren Annahme aus. Doch soll eine be-

sondere Begleitung an die Sektionen nicht erfolgen; der Handwerker und Gewerbetreibende soll frei entscheiden können.

Aus der Hauptstadt.

Für die Volksbildung. Auf Veranlassung des Vorstandes des Frankfurter Bundes für Volksbildung, der seit Jahren auch Studienreisen ins Ausland unternimmt, veranstaltet die Pestalozzigeellschaft in Zürich in Verbindung mit der Volkshochschule des Kantons Zürich vom 5.-10. September einen Ausland-Portbildungskurs in Zürich, bestehend aus Vorträgen über die kulturellen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Einrichtungen der Schweiz, ferner aus Exkursionen und Besichtigungen. Der Kurs, zu dem sich unter der Führung von Prof. Hans Blunzli etwa 50 Frankfurter eingefunden haben, nahm am Sonntag abend seinen Anfang mit einer Begrüßung im Kurshaus Rigiblick. Am 9. September soll das Pestalozzheim Neuhof, am 10. September der Rigi und auf der Rückreise die Internationale Ausstellung für Binnenschifffahrt und Wasserkraftnutzung in Basel besucht werden.

Vokales.

Ein Gewitter brachte am Samstag nacht eine längst ersehnte Abkühlung und etwas Regen. Ebenso ging am Sonntag abend kurz nach 8 Uhr ein kurzes Gewitter über die Gegend, das sich lang zuvor mit dunkeln Wolken und heftigem Wetter leuchten angekündigt hatte. In der Nacht regnete es verschiedene Male recht ausgiebig, so daß der Erde endlich einmal wieder Erquickung ward. Heute kämpfen Sonne und Wetterwolken um das Regiment des Tages — wer mag der Sieger werden?

Bubikon. Am letzten Freitag erkrankte bei der Litzelau der 20jährige Paul Klinger aus Bubikon, der dort mit einem Kameraden dem Baden oblag. Die Leiche konnte erst am Samstag gefunden werden.

Dürnten. (Korr.) Letzten Sonntag fand in Ober-Dürnten eine Schul- und Zibilingemeindeversammlung statt, die von 48 Stimmberechtigten besucht war. In seinem Eröffnungswort gedachte der Präsident des kürzlich von uns geschiedenen Lehrers Georg Keller, zu dessen Ehren sich die Anwesenden von ihren Sitzen erhoben.

Die Versammlung hatte die Jahresrechnungen pro 1925 des Schul- und des Zivilgutes und der Hög'schen Stiftung abzunehmen, was anstandslos erfolgte. Die Rechnung des Schulgutes schließt mit einem Vermögensvorschlag von Fr. 222.57 ab, während das Stammgut ein Defizit von Fr. 26,397.27 aufweist. Das Zivilgut zeigt einen Vorschlag von Fr. 148.10; dessen Stammgut einen Ueberschuß von Fr. 743.70. Die Hög'sche Stiftung weist einen Vorschlag von Fr. 55.16 auf, deren Stammgut einen Ueberschuß von Fr. 1440.26.

Ferner stimmte die Versammlung dem Antrag der Schulvorsteherchaft, es sei die Verweigerung an unserer Schule auf 1. November aufzugeben und an diese Stelle definitiv ein Lehrer zu wählen, einstimmig zu. Als Lehrer wird voraussichtlich der derzeitige Verweigerer, Herr Robert Stuk von Bärenschwil, in Betracht kommen, der sein Amt bis heute zur Zufriedenheit unserer Bevölkerung versehen hat.

Häfenthal. (Korr.) Gestern Sonntag fand der dritte Strahllegertag statt. Etwa 80 der jetzigen und früheren Bewohner des Berges folgten bei dem herrlichen Nachkommener Wetter der Einladung ins „Alpenrösli“ Strahllegg.

Der Präsident der Versammlung, Heinrich Rüegg, Bauegg-Sternenberg, begrüßte alle die lieben alten Bekannten und stellte in seinem Eröffnungswort das Schulwesen Strahlleggs in den Mittelpunkt der Tagung. Sodann referierte hierüber in ausführlicher Art Herr Lehrer Heinrich Reiser in Winterthur, Bruder des jüngst verstorbenen Wirtes Jean Reiser zum „Alpenrösli“. Seit dem Bau des heutigen Schulhäuschens sind jetzt gerade 100 Jahre verflossen. Und damals, im Jahr 1826, begann der am längsten amende Lehrer, Johann Caspar Peter, seine Lehrtätigkeit, nachdem vor ihm sein Vater schon 20 Jahre als Lehrer gewirkt hatte. Voller 41 Jahre führte er mit seltener Treue und Hingabe die damals noch stark bevölkerte Schule.

Nach dem Vortrag verlas Herr Rüegg noch ein gebiegenes, längeres Gedicht, das am Examen 1866 der Leier noch viel zu wenig bekannte Dichter Jaf Semm im Leimader dem treuen Lehrer gewidmet hat. Die jüngste Tochter des Lehrers Peter, die Witwe Zuppinger, Armenpflegerin, war auch noch zum Festen erschienen, wohl die älteste der anwesenden Strahlleggerinnen. Draußen vor dem Schulhaus wurden sie noch photographiert, die ehemaligen Schüler Caspar Peters; denn von Jahr zu Jahr werden es weniger sein.

Herr Reiser gedachte in seinem Vortrag in Dankbarkeit auch der spätern Lehrkräfte und der Schulvorsteherchaften, deren lange Unstätigkeit Zeugnis ablegt von der großen Schulfreundschaft der Bevölkerung. Die kommende Schulvereinbarung, meinte der Vortragende, bedeute für die Schule Strahllegg eine finanzielle Wohlthat, mögen die Schulbürger nun dafür sorgen, daß die Schule nicht wegen weiterer Abnahme der Schülerzahl einzugehen hat.

Pfäffikersee. Gestern Sonntag, nachmittags 5 Uhr, forderte der Pfäffikersee noch gegen Ende der Badesaison sein erstes diesjähriges Opfer. Der 17-jährige Technikerschüler Widmann aus Febraltorf wollte in der Badesaale Pfäffikon ein kühnendes Bad nehmen, sprang in den offenen See, schwamm etwas hinaus und versank plötzlich lautlos vor den Augen der Mitbadenden. Da der See dort eine große Tiefe aufweist, konnte der Verunglückte erst nach dreistündigem Suchen gefunden werden.

Unfälle — Verbrechen.

Kantonale Polizeinachrichten vom 4. September 1926. Auf Veranlassung der Bezirksanwaltschaft Zürich mußte in der Altstadt Zürich ein mehrfach vorbestrafter Geschäftsman, der noch eine längere Freiheitsstrafe zu erleiden hat und gegen den neuerdings Straflage wegen Drohung von Verbrechen ergangen war, in sicherer Gewahrsam genommen werden. Ein noch der Jugendgerichtsbarkeit unterstehender Gelegenheitsarbeiter aus dem Badischen, der sich in letzter Zeit viel im Strandbad Zürich